

eingeschränkte Chancengleichheit bei der Entwicklung seiner Talente und Fähigkeiten. Und dazu gehört eine Politik der Generationengerechtigkeit, die sicherstellt, dass die Lebensgrundlagen auch für nachwachsende Generationen erhalten bleiben. Peter Glotz' Formel hat ihre Gültigkeit nicht verloren. Links ist: die Begrenzung der Marktlogik als politische Einbettung marktwirtschaftlicher Rationalität; die Sensibilisierung für die soziale Frage, die Förderung des Sozialstaats; die Umsetzung von Zeit in neue Freiheitsrechte, die faktische Gleichstellung der Frau; den Schutz von Lebenswelt und Natur; die Bekämpfung des Nationalismus. Eine solche Linke muss wieder zum Träger von Richtungsfragen und Richtungsdebatten werden. Sie muss das »Prinzip Hoffnung« (Ernst Bloch) und das »Prinzip Verantwortung« (Hans Jonas) miteinander verbinden. Pragmatismus als Prinzip reicht dazu nicht aus. Es fordert vielmehr Mut, Konfliktbereitschaft, Klarheit im Denken und Handeln. Und es be-

darf einer intellektuellen Erneuerung. Die Linke darf sich nicht der »Diktatur der Alternativlosigkeit« beugen, sondern muss wieder Ort des Diskurses, der Neugier und der Suche werden. Unsere Gesellschaft steht national und global vor vielen Richtungsfragen, die Richtungsantworten erfordern. Eine Linke ist nur dann wieder attraktiv, wenn ihr genau dies gelingt: Die richtigen Fragen zu stellen und schlüssige Antworten zu geben.

Heute geht es für die Linke um Antworten auf fünf große Richtungsfragen: Das Verhältnis von Markt und Staat, eine gerechte Einkommens- und Reichtumsverteilung, das Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung, gleiche Chancen und Zugänge in der Gesellschaft sowie einen neuen Multilateralismus.

Die SPD hat in ihrem Grundsatzprogramm und im Wahlprogramm ihre Antworten auf diese Richtungsfragen formuliert. Worauf es nun ankommt, ist die Arbeit der Zuspitzung und Mobilisierung.

Richard Meng

Zwischenruf zum Entwurf des Regierungsprogramms

Elf Jahre Regierungsvorlauf, uneindeutige Koalitionsperspektive und objektive Ungewissheiten der Finanzkrise machen es der SPD schwer, mit Blick auf die Bundestagswahl im September einen Text vorzulegen, der den Anspruch eines Zukunftsentwurfs auch einlöst. Dennoch: Etwas anregender, präziser und damit auch verbindlicher kann der Entwurf schon sein.

Was könnte das sein: attraktive Vorwärts-Programmatik nach elf Regierungsjahren? Abstrakt gesagt: Der beschworene »neue Anlauf« muss mit vier bis fünf neuen Kernideen unterlegt sein, die in die Zukunft weisen und dabei mutig politische Verantwortung neu definieren. Nach den Jahrzehnten des unkritischen Marktgläubens bis weit in die SPD hinein kann da ein Stückchen »Wir haben verstanden.« ruhig eingeschlossen sein. Vor allem aber: Ent-



Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

schiedenheit beim Versuch, in dieser ersten weltweiten Globalisierungskrise politi-

sches Umdenken zu prägen – durch demokratische Regulierung der Finanzwirtschaft genauso wie durch verstärkte soziale und ökologische Sensibilität. Möglichst konkret, nicht so wolkig wie allenfalls ein Grundsatzprogramm es sich leisten kann.

Ein gutes Programm ist in der Politik nicht automatisch ein kluges Programm, jedenfalls kurzfristig betrachtet. Und über längerfristige Regierungsperspektiven im Fünf-Parteien-System wird bei den Sozialdemokraten bekanntlich offiziell nicht nachgedacht. Kein Wunder, dass dann pragmatisches Stückwerk heraus kommt. Bekräftigung des Ist. Positionen, die unbedingt nicht koalitionspolitisch zu verstehen sein dürfen und notfalls eben doch immer großkoalitionär verträglich bleiben. Zumal eindeutige programmatische Abgrenzung zu den anderen fehlt. Jenseits der Aussage, dass Schwarz-Gelb verhindert werden muss und mit der Linkspartei auf weitere vier Jahre kein Staat zu machen ist.

Um es an einer der großen strategischen Fragen festzumachen: Hinsichtlich der künftigen Rolle dieses Staates, entlang derer sich Mehrheiten jenseits von Schwarz-Gelb festmachen ließen, gibt das SPD-Programm vorsichtige, aber noch widersprüchliche Signale. Vieles bleibt offen. Neben der Öffnungformulierung für privat finanzierte Verkehrswege steht die Absage an »Kapitalprivatisierung« bei der Bahn. Darin wiederum spiegelt sich der gewachsene Druck von unten. Eine Parteitagmehrheit für die Bahnprivatisierung wäre nicht mehr zu erreichen gewesen. Der Symbolkonflikt hat seinen programmatischen Niederschlag gefunden. Das gilt nicht für manche der weiterhin umstrittenen Hartz IV-Details oder zum Afghanistan-Einsatz, wo auch in der SPD Zweifel am Status Quo bestehen. Hier sind Modifizierungen wohl eher schrittweise über die Regierungspraxis zu erwarten als über demonstrative Programmik.

Eine moderate Weiterentwicklung der Politik in Richtung soziale Verantwortung: Das ist es, was das SPD-Wahlprogramm im Kern anvisiert. Mindestlohn, Bürgerversicherung, Steuerkorrekturen, dazu die ökologische Botschaft zu Klimaschutz und Atomausstieg – aber ohne die ganz große Perspektive. Der Führungsanspruch für diese Reformpolitik bezieht sich weitgehend auf das gewohnte Spielfeld. Wohl wissend, dass der Bundesrat sich schließlich in absehbarer Zeit nicht grundlegend ändern wird. Ein handfester Realismus. Hier spürt man die Linien der Kontinuität eines erneuerten Regierungsanspruchs nach der geleisteten elfjährigen Regierungszeit, aber ebenso die Ungeklärtheiten in der linken Hälfte des politischen Spektrums. Schließlich ist es überraschenderweise nach vier Jahren Großer Koalition diesmal eher die Union, die massive Identitätsprobleme wegen der eigenen Regierungspraxis hat.

Glaubhafter Führungsanspruch, das ist die eine der beiden Bedingungen für einen erfolgreichen SPD-Wahlkampf. Die zweite, ohne die es auch nicht geht: programmatische Strahlkraft über das kleiner gewordene Kernpublikum hinaus, nach links genauso wie in die Mitte hinein. Der Entwurf für 2009 versucht es mit der soliden Bündelung von Kräften und Zielen, so wie sie nun mal gerade vorhanden sind. Ein Zwischenschritt. Ein selbstbewusst präsentierter Ideenstrauch für eine neue politische Zeit muss dann aber weiter gehen.

Mit dem Halbsatz, seit der Regierungsübernahme von 1998 sei »nicht alles richtig gemacht und manches noch nicht erreicht«, wird das Ausbleiben einer programmatischen Aufarbeitung der Schröder-Jahre verdeckt. Im Prinzip, so soll es klingen, war alles prima. Und für die Zukunft gilt nun die denkwürdige Generalklausel, dass »angesichts der historischen Tiefe und Schwere« der Krise erst im Herbst – kurz nach der Wahl – geprüft werden muss, »welche unserer vorgeschla-

genen Maßnahmen sofort realisiert werden können und welche erst im Laufe der Legislaturperiode«. Mit anderen Worten: Bitte nichts als Versprechung lesen.

Noch kein Konzept also, maximal ein Konzept fürs Konzept. Immerhin eine politische Richtungsvorgabe. Die Märkte brauchen jetzt neue Regeln: Das ist der wichtigste neue programmatische Aufschlag. Aber welche Regeln? Dazu fehlt im ersten Entwurf das konkrete Konzept. Nicht aus der Programmarbeit der Partei, sondern offenbar gänzlich aus den Vorstellungen der Regierung, werden die Vorgaben dazu im Entwurf erwartet. Das gilt fast durchgängig auch da, wo das Programm sich ausnahmsweise an Zahlen

herantraut: bei dem Ziel, die Bildungs- und Forschungsausgaben bis 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes zu steigern und die Entwicklungshilfe auf 0,7 %. Oder bei der CO₂-Reduzierung von 40 % im Vergleich zu 1990 bis 2020. Das alles sind international zwischen den Staaten vereinbarte Ziele, deren Umsetzung freilich weltweit stockt. Das soziale Deutschland übt sich hier immerhin in Glaubwürdigkeit, beschlossene Ziele nun endlich konsequent in die Praxis umzusetzen, wenn schon mit darüber hinaus gehenden Ansprüchen recht sparsam umgegangen wird. In mancher Hinsicht also ein Richtungskonzept für konkretere und weiterreichende Konzepte.

Jirí Kosta

Erinnerung an Jirí Pelikán

1923 in der Tschechoslowakei geboren, wurde der Publizist und kommunistische Politiker Jirí Pelikán zu einem Protagonisten des Prager Frühlings. Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes organisierte er zunächst den publizistischen Widerstand, wählte dann aber bald das italienische Exil. Als unabhängiger Kandidat saß er für die Sozialistische Partei Italiens ab 1979 zehn Jahre lang im Europäischen Parlament und wurde 1990 Berater des tschechischen Präsidenten Vacláv Havel. Pelikán starb am 26. Juni 1999 in Rom.

In keinem der Länder, die in der Folge des Zweiten Weltkriegs dem sowjetischen Machtbereich zufielen, konnten sich die Kommunisten nach 1945 auf eine derart breite Unterstützung der Bevölkerung stützen wie in der Tschechoslowakei. Dies war auf die Erfahrungen der Tschechen und Slowaken zurückzuführen, die sie in der Vergangenheit erlebt hatten: auf die Weltwirtschaftskrise der frühen 30er Jahre; auf das Münchner Abkommen vom September 1938, das mit Unterstützung der Westmächte zur Einverleibung der Grenzgebiete durch Hitlerdeutschland führte; auf die herausragende Rolle der Kommunisten im Widerstandskampf gegen die



Jirí Kosta

(*1921) Professor (em.) für Volkswirtschaftslehre an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/M. Zahlreiche Veröffentlichungen zu wirtschafts-, geistes- und sozialwissenschaftlichen sowie kulturpolitischen Themen.

heinz-jirka@gmx.de

NS-Okkupanten, und nicht zuletzt auf den siegreichen Krieg der Sowjetunion, die im Mai 1945 als Befreier gefeiert wurde. Zu den Protagonisten der Kommunistischen Partei Tschechiens (KSC) gehörte nach 1945 die Prager akademische Jugend, die während des Krieges – nach Schließung